



Ausschuß für Kommunalpolitik

15. Sitzung (nicht öffentlich)

6. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.15 Uhr bis 16.50 Uhr

Vorsitzender: Friedrich Hofmann (SPD)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Grundsätze über die Förderung von Gewerbeflächen

1

StS Dr. Baedeker (MSKS) erstattet Bericht. Daran schließt sich eine Diskussion an.

2 Gutachten Mummert + Partner zur Haushaltssituation der Stadt Essen

Auf Antrag der Fraktion der GRÜNEN

Vorlage 12/1062

5

Direktor Heinrich (Mummert + Partner) trägt vor. Daran schließt sich eine Diskussion mit ihm, Minister Kniola und MD Held (IM) an.

3 Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Bestellung von Sicherheiten zugunsten Dritter durch Gemeinden

Vorlage 12/844

Ohne Diskussion stimmt der Ausschuß der Vorlage 12/844 zu.

4 Aufgaben- und Finanzverantwortung zusammenführen, Sozialhilfe ortsnah regeln!

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/1274

Vorlage 12/871

14

Der Ausschuß kommt überein, zu dem Antrag nach dessen Aktualisierung die kommunalen Spitzenverbände um schriftliche Stellungnahme zu bitten. Der Antrag soll in der Ausschußsitzung im Februar 1997 erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

5 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/1202

Vorlagen 12/800, 12/816

15

Diskussion mit StS Riotte und MD Held (IM).

Anträge zum Haushalt werden in der Sitzung am 27. November 1996 gestellt.

6 Sanierung und Modernisierung vor Neubau von Sportanlagen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1179
Vorlage 12/941

18

Nach Diskussion wird der Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

7 Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren auch in NRW umsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1186

19

Nach Diskussion einigt sich der Ausschuß darauf, den Antrag in der Sitzung am 27. November 1996 erneut zu behandeln.

**8 Infrastruktur erhalten und ausbauen, Arbeitsplätze sichern und schaffen
Private Finanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen für Investitionen und Arbeitsplätze nutzen!**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1187

20

Nach Diskussion wird der Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

9 Offensive für Existenzgründungen und Betriebsübernahmen von Frauen durch kommunale Wirtschaftsförderung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1232

21

Nach Diskussion wird der Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

10 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für das Land Nordrhein-Westfalen (3. AFWoÄndG NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1277

22

Nach kurzer Diskussion wird dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der CDU zugestimmt.

Nächste Sitzung: 27. November 1996

* * *

Albert Leifert (CDU) erklärt sich unter Verweis auf die Wichtigkeit des Themas mit der Vertagung einverstanden, bittet aber darum, nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten zu müssen.

Er schlägt vor, die kommunalen Spitzenverbände um schriftliche Stellungnahme zu dem Antrag zu bitten. Dadurch könnte die Beratung in den Fraktionen beschleunigt werden.

Ursula Bolte (SPD) hält dagegen, zu dem Thema des Antrags habe bereits eine Anhörung stattgefunden. Herausgekommen sei, daß die kommunalen Spitzenverbände unterschiedliche Auffassungen hätten.

Der Antrag der CDU-Fraktion sei nicht auf dem aktuellen Stand. Zum Beispiel träfen die Entscheidung über ambulante oder stationäre Versorgung nicht der örtliche oder der überörtliche Sozialhilfeträger, sondern die Pflegekassen. Diese seien auch für das Angebot ambulanter Pflegestrukturen vor Ort zuständig. Insofern könne die Ansicht der CDU-Fraktion, ambulante Pflegestrukturen würden künstlich zurückgehalten, nicht aufrechterhalten werden. Ehe die kommunalen Spitzenverbände erneut um Stellungnahme gebeten würden, müßten diese sachlichen Veränderungen in den Antrag eingearbeitet werden.

Albert Leifert (CDU) spricht sich sodann dafür aus, die kommunalen Spitzenverbände um schriftliche Stellungnahme unter Berücksichtigung der neuesten Gegebenheiten zu bitten.

5 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1202
Vorlagen 12/800, 12/816

Jürgen Thulke (SPD) erklärt, seine Fraktion habe die Haushaltsberatungen abgeschlossen, sich aber noch nicht mit dem Koalitionspartner abgestimmt. Er stelle deshalb in der laufenden Sitzung den Antrag der SPD-Fraktion noch nicht.

Der Antrag werde nicht viele 100 Millionen DM bewegen, sondern beschränke sich auf die Konversionsgemeinden. Um diese Problematik zu lösen, werde beantragt, 5 bis 7 Millionen DM in § 16 einzustellen. Möglicherweise würden von anderen Fachbereichen Anträge gestellt, die das GFG tangierten.

Albert Leifert (CDU) macht geltend, daß die Kriterien für die Verteilung der Mittel des Strukturfonds - § 29 - noch immer offen seien. Er frage, ob es dazu Vorschläge der Landesregierung gebe. Seine Fraktion wäre dankbar, wenn ferner mitgeteilt würde, wie und wohin die Mittel des § 16 1996 bisher abgeflossen seien.

Walter Greverer (SPD) erwidert Herrn Leifert, es sei sehr schwierig, für den Strukturfonds Kriterien zu finden, die vor dem Verfassungsgericht bestünden. Seine Fraktion vertrete die Meinung, daß die Kriterien bei der Verabschiedung des GFG noch nicht festliegen müßten. Es sei vorgesehen, sie in einer Verordnung zu regeln, die der Zustimmung des Ausschusses bedürfe. Die SPD-Fraktion sehe deshalb keine Eile, sondern halte die Sicherheit für wichtiger.

Hans Peter Lindlar (CDU) bezeichnet diese Einstellung als Feigheit vor dem Feind. Das GFG werde in erster Linie nach der Verteilungsgerechtigkeit befragt, weshalb gerade infolge der sich verschärfenden ifo-Gegensätze zwischen Stadt und Land die Kriterien für die 50 Millionen DM eine Rolle spielten. Für die Kommunen stelle sich die Frage, ob sie ein Pflaster oder Essig auf die Wunden bekämen.

Ewald Groth (GRÜNE) betont, die Koalitionsfraktionen bemühten sich, einerseits die Klärung der Kriterien nicht vom GFG abzukoppeln, andererseits eine vernünftige Lösung für alle zu finden. Auch er sehe die Notwendigkeit, Klarheit über die Verteilung zu schaffen, denn die Kommunen wollten wissen, was an Strukturmitteln komme. Mit "Feigheit vor dem Feind" habe dies nichts zu tun. Man arbeite konstruktiv an der Sache und sei auf dem besten Wege.

Einen Ausgleich für die ifo-Umstellung könne es nicht geben; dies sei auch nicht beschlossen worden. Vielmehr würden in den nächsten Jahren Mittel aus dem Strukturfonds in die Gemeinden geleitet, die signifikant strukturschwach seien.

Walter Greverer (SPD) hält es für besser zu handeln und weniger zu reden. Er könne heute nur erklären, daß man große Mühe darauf verwende, eine vernünftige Lösung zu finden, die auch verfassungsrechtlich sei, und zwar so früh wie möglich, um den Kommunen Planungssicherheit zu geben.

Albert Leifert (CDU) hebt hervor, wenn bei rückläufigen Mitteln zum Beispiel für die allgemeine Investitionspauschale 50 Millionen DM bereitgestellt würden, habe - auch - die Opposition Anspruch zu erfahren, wie diese Summe verteilt werde. Er habe aber weniger die Koalitionsfraktionen gefragt, sondern vom Innenminister wissen wollen, wie er "Strukturschwäche" definiere, und darum gebeten, dies noch vor der Entscheidung über das GFG 1997 mitzuteilen.

Die Gemeinden bräuchten für die Verabschiedung ihrer Haushalte Grunddaten, um Planungssicherung zu haben. Für kleine Gemeinden seien auch kleinere Beträge von erheblicher Bedeutung, es sei denn, sie seien so klein wie die Übungsleiterpauschale.

Staatssekretär Riotte (Innenministerium) stellt klar, der Gesetzentwurf der Landesregierung sehe nicht vor, daß diese Entscheidung vor Inkrafttreten des neuen GFG getroffen werde. Wenn das Parlament aber wünsche, die Entscheidung noch während der laufenden Beratungen zu treffen, nehme er das zur Kenntnis und sage zwar nicht zu, schließe aber nicht aus, daß die zu erwartende Ergänzungsvorlage des Finanzministers dazu Details enthalte. Im Augenblick stelle er Meinungsverschiedenheiten darüber fest, ob die Kriterien nach § 29 Abs. 2 GFG 1997 noch vor dessen Verabschiedung vorlägen. Bei fortschreitendem Meinungsbildungsprozeß im Landtag werde sich der Innenminister bemühen, die Kriterien rechtzeitig vorzulegen.

Ministerialdirigent Held (Innenministerium) weist darauf hin, daß sich das Ministerium mit den kommunalen Spitzenverbänden abstimmen müsse. Es sei fraglich, ob dies vor der Verabschiedung des GFG gelinge.

Das Plenum des Landtags habe beschlossen, 50 Millionen DM im Rahmen des GFG 1997 zur Verfügung zu stellen; die Aufteilung erfolge im Benehmen mit dem kommunalpolitischen Ausschuß. Da der Ausschuß eingeschaltet sei, könnte die Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden in Ruhe fortgesetzt werden. Wenn es der Ausschuß aber wünsche, werde das Ministerium sie beschleunigen.

Albert Leifert (CDU) zitiert aus dem Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN zum GFG 1996 - Drucksache 12/820 -, daß die Kriterien des Strukturfonds mit dem kommunalpolitischen Ausschuß des Landtags rechtzeitig abzustimmen seien. Unter "rechtzeitig" könne nur "rechtzeitig vor der Verabschiedung des GFG 1997" zu verstehen sein. Anderenfalls würden Abgeordnete gezwungen, über Mittel abzustimmen, von deren Verwendung sie nicht die geringste Ahnung hätten.

Ewald Groth (GRÜNE) erwidert Herrn Leifert, diese Haarspalterei halte nur die Ausschußberatung auf. Wie er schon dargelegt habe, bemühe sich die Koalition um schnellstmögliche Klärung. Da keine Verpflichtung bestehe, die Kriterien zusammen mit dem GFG 1997 zu verabschieden, und da sich die Landesregierung ohnehin mit dem Ausschuß ins Benehmen setzen werde, könnte über die Verteilung der Mittel notfalls sogar erst im Dezember 1997 entschieden werden. Die Koalitionsfraktionen wollten dies nicht, sondern würden voraussichtlich im Dezember 1996 eine Lösung präsentieren, mit der die Opposition zufrieden sein werde.

StS Riotte macht Herrn Leifert darauf aufmerksam, daß die Vorschrift des § 29 Abs. 2 GFG, die den Innenminister auffordere, Kriterien vorzulegen, noch nicht in Kraft sei. Dem

Recht wäre Genüge getan, wenn sich das Ministerium nach dem 1. Januar 1997 an die Arbeit machte. Wenn der Ausschuß wünsche, das schon früher zu tun, werde es selbstverständlich versuchen, dem zu folgen.

Albert Leifert (CDU) hält Herrn Groth entgegen, Mittel, die dazu dienen, im Jahr 1997 Strukturschwäche abzumildern, könnten nicht erst im Dezember 1997 bereitgestellt werden. Der Ausschuß müsse rechtzeitig über die Kriterien reden, wenn sie wirksam sein sollten.

Ewald Groth (GRÜNE) entgegnet, die CDU-Fraktion sei mehrfach aufgefordert worden, zu den Kriterien Stellung zu nehmen; bisher seien von ihr keine Vorschläge gemacht worden. Das Herumgehacke auf dem Zeitpunkt sei deshalb Spiegelfechterei.

6 Sanierung und Modernisierung vor Neubau von Sportanlagen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1179
Vorlage 12/941

Vorsitzender Friedrich Hofmann teilt mit, daß der federführende Haushalts- und Finanzausschuß die Beratung über den Antrag schon am 7. November 1996 abschließen wolle.

Josef Wilp (CDU) verweist insbesondere auf den Vorschlag zur Finanzierung und beantragt, daß der Ausschuß eine Stellungnahme abgebe.

Jürgen Thulke (SPD) konzediert, seine Fraktion könnte sich für den Antrag erwärmen, denn er beschreibe ein Grundsatzproblem in den Gemeinden, das auf Schulen und andere mit hoher Landesförderung entstandene Einrichtungen ausgedehnt werden könne. Sie sei aber dagegen, die im Antrag genannten 30 Millionen DM von den Stadterneuerungsmitteln zu nehmen. Da ferner aufgrund des Termindrucks durch den federführenden Ausschuß die Einbeziehung des Antrags in die Haushaltsberatungen nicht möglich sei, lehne die SPD-Fraktion ihn ab.